

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921**

319 (18.11.1921) Erstes und Zweites Blatt

Bezugspreis:  
in Karlsruhe frei ins Haus  
monatlich 7.50 M.  
in den Ausgabestellen ab-  
zuschließen monatlich 6.75 M.  
an 6 n 1 r s durch unsere  
Kassenzettel 7.50 M.  
monatlich durch den Ver-  
käufer frei ins Haus ge-  
bracht monatlich 7.50 M.  
vierteljährlich 22.50 M.  
Einzelnverkauf 30 Hn.

Verlag, Schriftleitung und  
Geschäftliche Mitteilungen  
Sprechstunde der Redaktion  
11-12 Uhr vormittags.

# Karlsruher Tagblatt

Anzeigen:  
die Größe Monatszeitschrift  
oder deren Raum 1.70 M.  
Todesanzeigen 100  
Anzeigen und Stellen-  
anzeigen 1.20 M. aus-  
wärts 2.- M. Weltame-  
ricanische 6.- M. an er-  
ster Seite 7.- M.  
Abbau nach Tarif.  
Anzeigenannahme bis 12 Uhr  
mittags; kleinere Anzeigen  
insgesamt bis 4 Uhr nachm.  
Reklamenschluß.  
Geschäftsstelle Nr. 205.  
Verlag Nr. 21 und 207.  
Schriftleitung Nr. 20 u. 204.  
Druckerei Nr. 10.

## Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenchrift  
„Die Pyramide“

## Badische Morgenpost

Beilagen: „Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Mode und Heim“ / „Die Scholle“

### Oberschlesischer Brief.

(Von unserem schlesischen Mitarbeiter.)  
Die ober-schlesische Grenzfestsetzungskommission hat es recht eilig. Sie ist eifrig am Werk, diese unnatürliche, rechtswidrige und geradezu unmoralische Grenzlinie endgültig festzusetzen. Am Vordien hat sie ihre Arbeit bereits vollendet, augenblicklich ist sie im Stadium der endgültigen Beschlüsse heran. Eine Scheidung, die besonders schwer sein dürfte.  
Die Polen versuchen frampfhaft, die an der neuen Grenzlinie liegenden Gemeinden zu belästigen, fürmisch die Anklageurung an den polnischen Teil zu verlangen. Selbst in der Stadt Beuthen betreiben sie ihre Wühlarbeit. Ihre Agenten in Beuthen haben auch tatsächlich einen Antrag gestellt, doch dieser in Zukunft vorzuschleusen deutsche Polen, an Polen kommt, weil hier angeblich die Zukunft der Stadt liegt. Die deutschen Bürger von Beuthen haben jedoch auf das Entschiedenste gegen derartige Maßnahmen protestiert und von neuem scharf erklärt, daß sie unter allen Umständen kein deutsches Reich bleiben wollen, wenn auch ihre Zukunft durch die neue Grenzsetzung vielfach sehr unsicher geworden und die Stadt wirtschaftlich ruiniert ist.  
Die Beuthener haben eben Vertrauen in die deutsche Schicksal und Zukunft. Schon jetzt, da die Entscheidung eben gefällt worden ist, ist die deutsche Wirtschaft in Oberschlesien auf das rechte am Werke, um aus den ungeordneten Verhältnissen, aus diesem Chaos und Wogen in schwebender Pein auch auf wirtschaftlichem Gebiet, herauszukommen. In dem deutsch-beliebenden Teil will man neue Kohlenfelder erschließen. Eine ausgedehnte Zukunft a. B. B. ist dem bisher so stillen Städtchen Peis-Striescham. Die A.-S. Maschinenfabrik Schichtenowitsch errichtet hier neue Fabrikanlagen. Maßgebend für die künftige Entwicklung der Stadt ist zunächst das Vorkommen von Kohlenflözen, besonders des sogenannten Sandmannflözes, das sich von Karbowitz, Pawlitz, Jaschowitz, Peis-Striescham, Lubitz bis Zieritz und Bielowitz erstreckt. Außerdem hat Peis-Striescham nicht nur einen der größten Güter- und Rangierbahnhof in Oberschlesien, was für die Industrie ein wichtiger Faktor ist. Die deutsche Regierung will die Eisenbahnlinie Beuthen-Doppeln viergleisig ausbauen, und eine neue Eisenbahnlinie soll Peis-Striescham mit Zwornitz verbinden.  
Am südlichen Oberschlesien, das an Polen verschachtet worden ist, ist das französische polnische Kapital offenbar bestrebt, die hoch-schlesische ober-schlesische Wirtschaft zu erhalten, schon deshalb, um der Welt den Beweis zu liefern, daß Polen-Frankreich etwas der deutschen Schicksalskraft Ebenbürtiges leisten können. Die künftigen Sünden und Gruben haben die Polen a. S. bereits vor der Abstimmung an französische Unternehmer verpfändet. Auch mit einem Auktionen von polnischer und französischer Intelligenz wird Oberschlesien rechnen müssen. Ob aber alle diese Maßnahmen geeignet sein werden, den Verfall und den wirtschaftlichen Tod dieses Gebietes zu verhindern, steht auf einem anderen Blatt. Alle Kenner des Landes sind davon überzeugt, daß gerade dieser Teil Oberschlesiens zum mindesten einen dunklen Zukunft entgegensetzt.  
Die breiten Massen des Volkes sind sich noch viel zu wenig bewußt, was alles auf dem Spiele steht. Ueberall wird zwar auch hier die Gen-ferer Entscheidung beklagt und laut verurteilt und mit einer letzten Begeisterung Deutschland, Deutschland über alles! gesungen. Aber wer tiefer bilden kann, der sieht, daß auch Oberschlesien selbst durch diesen allergeringsten Schicksalsfall noch nicht zur Selbstbestimmung gelangen ist. Der Tanz- und Bergbauaus-schuss feiert gerade in Städten wie Kattowitz tatsächlich Triumphe. Man wird an die Wochen nach dem Zusammenbruch Deutschlands im Jahre 1918 erinnert.  
Was uns die Stinfliu! scheint die Parole zu sein.  
Man wird jedoch mit dem Bergbauaus-schuss dieser Volksmassen durch ihr helden-mütiges Befehntsitz auf heimatlische Scholle etwas ansprechen. Nur verhältnismäßig wenige und unter diesen in erster Reihe die, welche aus politischen Gründen unter keinen Umständen in Oberschlesien bleiben dürfen, haben bisher ihren Wirkungskreis verlassen. Die anderen wollen bleiben.  
So viel kann man sagen: Der deutsche Wille ist in Oberschlesien ungebrochen wie zuvor! In dem letzten Ausdruck hat er jüngst in der so unter dem Beifall der deutschen Mehrheit und unter dem Beifall zustimmenden Schweizer der polnischen Vertreter mannhaft erklärt: Wir können dieses unser Schicksal — das werden auch unsere Mitbürger polnischer Zunge verstehen — nicht als gerecht anerkennen und bedauern es auf das Tiefste. Wir werden niemals die jahrhundertlange Kulturmeinung mit dem deutschen Volke verassen. Und schäme man sich nicht, diese Worte des polnischen Bürgermeisters: „Es ist nicht die Zeit, zu flü-“

### Teuerungsdebatten im Reichstag.

Reichswirtschaftsminister Schmidt über die Tätigkeit der Wuchergerichte.  
t. Berlin, 17. Nov. Am Regierungssitz Mini-ster Dr. Herms.  
Die Sitzung wird nach 1 Uhr eröffnet.  
Eine Vorlage zur Abänderung der Bekannt-machung über ausländische Wertpapiere wird ohne Aussprache angenommen.  
Das Gesetz über das Verfahren in Verfor-gungssachen wird dem Ausschuss für Kriegs-beschädigtenfürsorge überwiesen.  
Es begann eine Aussprache über  
**Preissteigerung und Lebensmittelversorgung**  
als Fortsetzung der Debatte, über die Interpellation Herrat (D.N.), Dutsche (D.N.), Bach-meier (Bayr. Bürgerpartei), Lukas (Bayr. Volksp.) betr. Aufhebung der Zwangs-wirtschaft für landwirtschaftliche Produkte. Ver-bunden damit wird eine Interpellation Herrat (D.N.) betr. Getreideverschöpfung, eine Interpellation Müller-Franken (Soz.) betr. Preissteigerung der Waren deutscher Her-kunft, ein Antrag Hanes (U.S.P.) über die Regelung des Verkehrs mit Kartoffeln und Getreide, sowie über die Erhöhung der tägl-ichen Ration, ferner ein Antrag Cam-minger (U.S.P.) betr. Genehmigungspläne für den Verkehr von Kartoffeln und Getreide beim Erzeuger.  
**Abn. Herrat (D.N.):**  
Die Unkarpheiten lassen sich durch keinen Sachverhandlungen überzeugen. In unerhörter Weise ist in der letzten Zeit gegen die Land-wirtschaft gehetzt worden. Dabei haben wir alle Ursache, dankbar zu sein. Nicht die Land-wirtschaft ist an der unsicheren Lage und an der Teuerung schuld, sondern die Verpflichtungen, die die Regierung durch das Ultimatum übernommen hat. Der Redner gibt eine Ueber-sicht über die Verteuerung der Produktion in der Landwirtschaft. Die Düngemittel kosten jetzt um 350 Prozent gegenüber dem Friedenspreis steigen. Der Brotpreis ist gestiegen, weil das Reich die Verschickungsaktion nicht mehr durch-führen konnte. Die Landwirtschaft ist unschul-dig. Ein Preisverfall der Landwirtschaft in Bezug auf die Kartoffeln liegt nicht vor. Es fehlt nur an Transportmitteln. Die Landwirtschaft ist zur vollen Erfüllung der Deutung der Pro-duktion bereit.  
**Abn. Trischmann (Dem.):**  
Unter leichtvergehlendes Volk denkt nicht an die weiter zurückliegenden Ursachen unserer Not, den verlorenen Krieg. Die Zwangswirtschaft war nicht mehr haltbar. Als Landwirt kann ich mir von einer Kartoffelumlage nichts verpre-shen. Schuld an der Kartoffelverteuerung sind der Wagenmangel und die Kustfänger. Im Red-nen herrscht tatsächlich Kartoffelnot. Der Red-ner fordert eine Reichsweite zur Lösung des Arbeitslosen- und Wohnungsproblems. Die 3 Millionen Sektar Dedland in Deutschland müssen urbar gemacht werden.  
**Reichswirtschaftsminister Schmidt**  
äußerte die Auffassung, daß die Preisstei-gerung die Gefahr nicht, die entsteht, wenn die Erregung der Bevölkerung immer noch steigt. Die Brotversorgung ist gesichert. Die Auf-hebung der Zwangswirtschaft hat den Rindvieh-stand um 500 000, den Schweinebestand um 27 Millionen Stück erhöht, der Auftrieb hat sich vermehrt. Das wird sich auch in den Preisen äußern. Der Landwirt bekommt für bestes Fleisch höchstens 8-9 Mark für das Pfund, für Schweinefleisch 15 Mark. Der Landwirt ist also an den hohen Preisen nicht schuld. Wir wären ja traurig Mitmenschen, wenn wir nicht alles daran setzen, um unserem Volke zu helfen. Wir haben alles getan, um unsere Produktion zu steigern. Ertragungen können wir aber eine gute Ernte nicht. Unerhört ist es, wenn das Inter-alliierte Ein- und Ausfuhr eine Genehm-igung für Ausfuhr von 11 000 Zentnern Kartof-feln nach Frankreich gibt. Die Geldentwertung ist nach der „Vossischen Zeitung“ hauptsächlich durch russische, österrische und gallische Spek-ulanzen verursacht. Von den Landwirten, die Wucher treiben, lassen wir uns los. Andere Landwirte haben aber hilfreich eingegriffen und große Opferwilligkeit bewiesen.  
**Abn. Frau Schulz (Soz.)**  
schildert im Schlußwort nochmals die Preis-steigerung auf dem Lebensmittelmarkt, beson-ders bei Kartoffeln und Margarine.  
Damit schließt die Aussprache.  
Ein Mithrausentwurf der Kommunisten ge-gen den Ernährungsminister Dr. Herms wird gegen die Antragsteller und die Unabhängigen abgelehnt.  
Die Anträge zur Ernährungsfrage gehen an den Volkswirtschaftlichen Ausschuss.  
Darüber verlag sich das Haus auf Freitag 1 Uhr.  
Tagesordnung: Kleine Vorlagen, Anfragen, Interpellationen über das Verbot des Landens russischer Schiffe in Stettin.  
Schluß der Sitzung 7/8 Uhr.

gen und den Kopf hängen zu lassen, sondern wir müssen weiterarbeiten zum Wohle der Stadt.  
Die deutschen politischen Parteien sind eifrig bemüht, sich umzustellen. Man trägt sich mit der Schaffung einer deutschen Einheitspartei (Schleifische Volkspartei). Da-neben versucht man von einzelnen Parteien aus, Fühlung zu bekommen mit polnischen Parteien, eine Angelegenheit, die an und für sich noch nicht verdammenswert zu sein braucht; denn: wenn Ruhe und Frieden in Oberschlesien werden soll, muß der Versöhnungsgeist von beiden Seiten ehrlich im Auge behalten bleiben. So hat die Sozialistische Partei bereits den Bruder-schuh mit den polnischen Genossen gelauscht, und auch aus den Reihen der Zentrums-partei sind Bestrebungen im Gange, die ein Zusammen-gehen mit konfessionellen Bestimmungsgenossen auf polnischer Seite bezwecken. All diese Be-strebungen mögen sehr gut gemeint sein. Da sie aber gute Früchte zeitigen werden, mag dahin-gestellt bleiben. Bisher hat der Pole die Ver-söhnung, die man von deutscher Seite immer wieder anzubahnen versuchte, nur in robuster und fresspollicher Weise zur Verfolgung seiner nationalen Ziele mißbraucht.  
Wichtiger als alle politischen Traktanden, Ver-handlungen und Versöhnungsaktionen, ist es, daß die deutsche Kultur auch in Oberschlesien wurzeln bleibt und weiterwächst. Die deut-schen Kulturgüter sind die Brücke, die das augenblicklich verlorene Oberschlesien mit dem deutschen Mutterlande untrennbar verbindet, trotz aller Grenzlinien und Grenzspalten. Der junge ober-schlesische Dichter Alfons Handt hat dies kürzlich so gesagt:  
„Sieh! Ich lache der Toren, die Grenzspalten umreißen und verpflanzen wollen in unseren Herzen, die den Kompaß ursprünglichen Ge-fühls mit politischen Spitzfindigkeiten umstellen zu können glauben. Die dich, väterliche Scholle, wie Heilandsgeleit zerreißen wollen...“  
Oberschlesien wird uns auch unter der Polentruke niemals verloren gehen, wenn das deutsche Volk sich seiner Ehrenpflicht bewußt bleibt, den deutschen Kämpfern in des Reiches Südostende, die heute umrandet ist von der flawischen Flut, immer neue Nahrung zuzutragen und sie zu stützen bei der Verteidigung ihrer deutschen Art.  
Eca.  
**Die gefährdeten Reichsbetriebe.**  
Das den „Deutschen Werken“ von seiten der Ueberwachungskommission der Entente drohende Schicksal ist geeignet, von neuem die Aufmerk-samkeit der Öffentlichkeit auf die gefährdete Stellung zu richten, in die jeder Staatsbetrieb in Deutschland durch den Verfall der Friedens-vertrag geraten ist. Bekanntlich hat der an der Spitze der Ueberwachungskommission stehende franz. General Nolle bezüglich der früheren Staatsbe-triebe der Decret- und Marineverwaltung, die in die „Deutschen Werke A.-G.“ eingebracht und auf Friedensarbeit umgestellt worden sind, neuerdings Forderungen geltend gemacht, die diese Betriebe in kurzer Zeit zur Stilllegung bringen müssen. Stillgelegte Werke aber müs-sen nach Artikel 168 des Versailler Vertrages gerührt werden. Allen im Besitze des Reiches befindlichen Betrieben steht also durch den Friedensvertrag und seine Auslegung seitens der Entente das Schicksal der Zerstörung drohend vor Augen. Die „Deutschen Werke“ sind sogar der äußeren Form nach nicht einmal Staatsbe-triebe. Aber da die Aktien dieser Gesellschaft sich sämtlich im Besitze des Reiches befinden, werden sie von der Entente als solche angesehen und behandelt. Den wirklichen Grund zu dem Vor-gehen gegen die „Deutschen Werke“ bildet natür-lich nicht die vorgeschädigte Furcht vor etwaiger Wiederumstellung zur Waffenfabrikation, son-dern das Bestreben Englands, die deutsche Kon-kurrenz auf dem Weltmarkt nach Möglichkeit zu schwächen. Englands Handelsneid will es nicht dulden, daß in deutschen staatlichen Werstätten Industrieerzeugnisse angefertigt werden, die zur Ausfuhr bestimmt sind und die englischen Konkurrenzwaren am Markt verdrängen kön-nen.  
Über gerade weil die Entente die dem deut-schen Reiche gehörenden Betriebe mit solchem Maß verfolgt, müssen wir uns die Frage vor-legen, was von unserer Seite geschehen kann, um die Wirkung dieses Hasses und dieses rüch-sichtslosen Vorgehens auf die deutsche Wirtschaft möglichst abzuwehren. Ein Sozialdemokrat, aber einer der wenigen kenntnisreichen und ob-jektiv denkenden Männer unter ihnen, der frühere Staatssekretär Dr. August Müller, hat bereits vor längerer Zeit darauf hingewiesen, daß der Friedensvertrag der Entente die Mög-lichkeit gibt, alle sozialisierten Betriebe, die nur irgendwie als Staatsbetriebe anzusehen sind, unter ihre Kontrolle zu nehmen.  
Deute sind es nur die Werkstätten der „Deut-schen Werke“, also die Gemeinschaft in Erfurt, die großen Spandauer Reichsbetriebe und das Werk Wolfgang in Danau, die das Diktat der Entente mit Vernichtung bedrohen. Man hat es leider verabsäumt, diese Betriebe rechtzeitig wieder in Privatunternehmungen umzuwan-deln, weil eine solche Privatierung von Staats-

betrieben unter der Herrschaft des Sozialisierungs Schlagworts unpopulär war. Man kann sich nun wohl aber ein Bild machen, welches Schicksal unserer Wirtschaft drohen würde, wenn nach sozialdemokratischen Wünschen ein großer Teil der deutschen Gesamtindustrie sozialisiert, d. h. zu Reichsbetrieben umgewandelt worden wäre.

Das Schicksal, das jetzt den „Deutschen Werken“ und ihren zahlreichen Arbeitern und Angestellten droht, steht auch jedem anderen sozialisierten Betriebe in Deutschland vor Augen, solange der Versailler Vertrag nicht aufgehoben ist. Bei jedem gewaltsamen Vorgehen gegen Deutschland, zu dem ja der Versailler Vertrag dem Feindbund Vorwände in Hülle und Fülle gibt, sind die sozialisierten und kommunalisierten Betriebe zum Zugriff des Gläubigers am meisten ausgelegt.

Protest gegen die französische Zerstörungswut.

t. Offen, 17. Nov. Die Arbeiterräte der Krupp-A.G. protestierten in einem langen Schreiben an General Nollet gegen die beschleunigte Zerstörung von Maschinen, die ausschließlich zur Herstellung von Friedensmaterial dienen und zur Ausrüstung höherer volkswirtschaftlicher Bedarfsmittel dringend benötigt werden.

Glossen zum „Kaufmann von Venedig“.

Der Kaufmann von Venedig gehört zu den Werken Shakespeares, die am frühesten auf deutschen Bühnenboden saßen. Schon bei den englischen Komödianten, die im 17. Jahrhundert Deutschland durchstreiften, finden wir seine Spur, ehe der große Schöpfer in Hamburg ihn 1777 (am 24. November) zum erstenmal aufführte.

Französische Drohungen.

t. Paris, 17. Nov. Der Berliner Berichterstatter des gut unterrichteten Blattes „Echo de Paris“ teilt seinem Blatt folgendes mit: Die in Berlin weilende Kriegsenschädigungskommission der Entente (Reparationskommission) hat der deutschen Regierung erklärt, daß nach den Ergebnissen ihrer Untersuchung Deutschland in der Lage sei, die im Januar fällige Zahlung ohne Abzug zu leisten (1).

Reparationskommission und Januarzahlungen.

(Eigener Drahtbericht.) b. Berlin, 17. Nov. Ueber die Verhandlungen der Reparationskommission verläutet von unterrichteter Seite, daß man mit einer halbdizigen Abreise der Kommission rechnet. Vermutlich dürften sich die Mitglieder der Reparationskommission schon am Anfang nächster Woche nach Paris zurückbegeben.

Beisprechungen über die Reparationsfrage.

t. Berlin, 17. Nov. Wie das „Berliner Tagblatt“ hört, fand heute vormittag beim Reichsfiskus eine Beisprechung der an der Reparationsfrage beteiligten Ressorts statt. Anwesend waren neben dem Reichsfiskus selbst der Reichsfinanzminister Dr. Hermes, der Reichswirtschaftsminister Schmidt, die Staatssekretäre Schröder, v. Simson und Dirck, sowie eine Reihe weiterer leitender Beamter der drei Reichsministerien.

In McKennas Rede in Chicago.

„Manchester Guardian“ sagt über McKennas Rede in Chicago: Man sollte denken, daß es bald niemanden mehr gäbe, der noch an die Möglichkeit der Bezahlung der ungeheuren Papierschulden der verschiedenen Staaten glaube. Vom internationalen und wirtschaftl. Standpunkt aus würde die vollständige Aufhebung jeder Staatsschuld, die seit Ausbruch des Krieges eingegangen sei, eine Kühnheit, aber wahrhaftig sehr befriedigende Lösung des Problems sein.

Die Eisenbahner gegen Entstaatlung.

t. Berlin, 17. Nov. Der Deutsche Eisenbahnerverband hatte gestern am Vorabend eine Kundgebung gegen die Privatisierung der Reichs- und Staatsbahnen ausgeschrieben, die u. a. folgende Ziele enthält: Die Verarmlichen erheben energischen Protest gegen die Enteignung und Auslieferung des Reichsbesitzes an die Grofindustrie. Sie erklären, daß sie seit entfallen sind, der evtl. Durchführung dieses Planes der deutschen Industrie mit dem Generalstreik sofort zu antworten.

Die Rückzahlung unserer Kriegsanleihen wird vielleicht mehr Ruhm als Segen bedeuten. In nicht zu langer Zeit werden die Dinge reif sein zu einer allgemeinen internationalen Erledigung. Es wird eine sehr schwierige Aufgabe sein und für uns zu lange währen. Würde es da nicht besser sein, auf eigene Verantwortung hin und in unserm eigenen Interesse zu handeln?

Der Wiederaufbauvertrag.

Paris, 17. Nov. Der Wiederaufbauminister Loucheur hat vor der Finanzkommission des Senates Bericht über das soeben abgeschlossene Abkommen erstattet. Er erklärte, daß die Gültigkeit des Abkommens von drei Bedingungen abhängen sei, nämlich von der einstimmigen Zustimmung der Allierten, von der Zustimmung der Kammer und von der Zustimmung der deutschen Regierung.

Minister Loucheur soll auch erklärt haben, daß nach seiner Ansicht der Zustand der Welt bereits alle Voraussetzungen erfüllt habe und daß deshalb eine Wende eintreten werde.

Die Kredithilfe.

Reichsregierung und Industrieangebot.

(Eigener Drahtbericht.) b. Berlin, 17. Nov. Ueber die Stellungnahme der Reichsregierung zu den Forderungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie verbreitet die „Tägliche Rundschau“ eine Darstellung, aus der hervorgeht, daß man es nicht mit einer prinzipiellen Ablehnung der Vorschläge seitens der Reichsregierung zu tun hat, und daß keineswegs alle Brücken zu weiteren Verhandlungen abgebrochen sind.

Die Eisenbahner gegen Entstaatlung. t. Berlin, 17. Nov. Der Deutsche Eisenbahnerverband hatte gestern am Vorabend eine Kundgebung gegen die Privatisierung der Reichs- und Staatsbahnen ausgeschrieben, die u. a. folgende Ziele enthält: Die Verarmlichen erheben energischen Protest gegen die Enteignung und Auslieferung des Reichsbesitzes an die Grofindustrie. Sie erklären, daß sie seit entfallen sind, der evtl. Durchführung dieses Planes der deutschen Industrie mit dem Generalstreik sofort zu antworten.

Die Eisenbahner gegen Entstaatlung.

t. Berlin, 17. Nov. Der Deutsche Eisenbahnerverband hatte gestern am Vorabend eine Kundgebung gegen die Privatisierung der Reichs- und Staatsbahnen ausgeschrieben, die u. a. folgende Ziele enthält: Die Verarmlichen erheben energischen Protest gegen die Enteignung und Auslieferung des Reichsbesitzes an die Grofindustrie. Sie erklären, daß sie seit entfallen sind, der evtl. Durchführung dieses Planes der deutschen Industrie mit dem Generalstreik sofort zu antworten.

Die Eisenbahner gegen Entstaatlung.

Die Eisenbahner gegen Entstaatlung. t. Berlin, 17. Nov. Der Deutsche Eisenbahnerverband hatte gestern am Vorabend eine Kundgebung gegen die Privatisierung der Reichs- und Staatsbahnen ausgeschrieben, die u. a. folgende Ziele enthält: Die Verarmlichen erheben energischen Protest gegen die Enteignung und Auslieferung des Reichsbesitzes an die Grofindustrie. Sie erklären, daß sie seit entfallen sind, der evtl. Durchführung dieses Planes der deutschen Industrie mit dem Generalstreik sofort zu antworten.

Forderung der Entstaatlung der Staatsbetriebe auch in Frankreich.

Paris, 17. Nov. Im französischen Parlament werden zurzeit Steuerfragen besprochen; die Regierung fordert neue Steuern. Die Gegner der Steuern erklären natürlich Deutschland soll zahlen, und wenn es nicht zahlen könne oder wolle, soll Frankreich das Kohlengebiet an der Ruhr belegen. Gleichzeitig erheben sich Stimmen gegen die Zustände in den Staatsbetrieben, die mit Verlusten arbeiten. Das Tabakmonopol löhe jährlich 250 Millionen Francs. Die Post- und Telegraphenverwaltung werde dieses Jahr ein Defizit von 400 Millionen Francs erheben. Ein von 273 Abgeordneten unterzeichneter Gesetzentwurf fordert die Entstaatlung der Postverwaltung.

Polen und Deutschland.

t. Paris, 17. Nov. Der polnische Ministerpräsident hat einem Berichterstatter des „Matin“ seine Ansicht über die künftigen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland mitgeteilt. Er erklärte: Die unheilvolle Spannung, die zwischen Polen und Deutschland bestand, hat nun ein Ende. Wir können jetzt mit Deutschland in ein regelrechtes Nachbarverhältnis kommen.

Der Pole denkt sich die Sache doch sehr einfach. Auf einer Seite erklärt er, die Spannung habe ein Ende, auf der anderen Seite flüchtigt er an, daß sich Polen der französischen Vernichtungspolitik gegenüber anpaßt! Von einem Ende der Spannung kann da keine Rede sein, sondern nur von unerbittlicher Feindschaft.

Polnischer Nachhunger.

Nowo, 17. Nov. Die Polen sind in die neutrale Zone bei Gunk (Gouvernement Suwalki), drei Kilometer tief eingedrungen und bedrohen die litauische Bevölkerung, die die Hilfe des Völkerbundes angerufen hat.

Der Vorsitzende der deutsch-polnischen Kommission.

Berlin, 17. Nov. Dem Vertreter der deutschen Regierung in Genf ist vom Sekretär des Völkerbundes mitgeteilt worden, daß der Vorsitzende der Vorkonferenz in Paris die Ernennung des in Warschau erscheinenden Generals Calonder zum Vorsitzenden der deutsch-polnischen Kommission für die Wirtschaftsverhandlungen über Oberdeutschland amtlich bekannt gegeben habe. Bundesrat Calonder hat die deutschen Bevollmächtigten für diese Verhandlungen, Reichsminister a. D. Schäffer und Staatssekretär a. D. Rewalb, zu einer Vorberechnung eingeladen, die am 23. November in Genf stattfinden soll.

Bundesrat Calonder wird nachgerade, daß er für die Wünsche der Entente mehr Interesse hege als für Deutschlands Lage.

Fortschreit der deutsch-polnischen Verhandlungen in Wien.

(Eigener Drahtbericht.) e. Wien, 17. Nov. Zwischen Deutschland und Polen ist eine Einigung dahingehend erzielt worden, daß die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen nur ihre erste Tagung in Genf abhalten. Die weiteren Verhandlungen werden in Wien stattfinden und zwar als Salutartrakt.

Dialektpremier in Leipzig.

Schreibt unser Korrespondent: Der Himmel mag wissen, in welcher Verlegenheit das Leipziger Schauspielhaus war, als es zu einem Uraufführungstitel Zuschnitt nahm, um zwei Uraufführungen „aufzumachen“. Unter dem Titel „Mord und Schuld“ kam das plattdeutsche Fische- und Fleischstück in einem Akt: „Gott Gohrs“ von Gottlieb Gohrs zur Erstaufführung. Das Stück des in der Stager, rückschlacht gefallenen Dichters hat außer den plattdeutschen Vereinskassen noch kein Rampenlicht gerochen. Der Einakter ist als lehrhafte Propaganda gegen den Alkoholmißbrauch in Pilsenerkreisen aber auch als tragbares Bühnengerechtes Miteu- und Dialektstück hinzunehmen — dann aber kam der Süden, brachte eine feine Nöten. Er brachte eine dreifaktige Tiroler Bauerkomödie von Friedrich Neubauer „Der Sünderhölz“.

Theater und Musik.

Die Misa solemnis ließ auch bei der Wiederholung in der Festhalle eine sehr starke Zuhörerfülle herbeizeln. Vor Beginn des Werkes von Redakteur Rudolph zwischen dem Schaffen

Beiden Teilen ist der Schweizer Boden zu...

Die polnische Bevölkerungszahl.

Warschau, 17. Nov. Nach amtlichen Angaben...

Die Angst vor Kache.

Washington, 17. Nov. In einer Unterredung...

Paris, 17. Nov. Der 'Temps' beschäftigt sich...

Zeichen der Abrüstung!

London, 17. Nov. Englische Blätter melden...

Engung im Fernen Osten — sonst keine Abrüstung.

Washington, 17. Nov. Der Sonderbericht...

Die Hauswirtschaft aufgenommener, der Abschluss...

Kunst und Wissenschaft.

Neue Ehrendoktoren. Von der Technischen...

Ernung Gerhard Hauptmanns in Wien. Gerhard...

eine Flottenrüstungsphase eintreten zu lassen.

Die Kriegsschulden an Amerika.

London, 17. Nov. Ein hoher britischer Beamter...

Lord Derby und die französische Alliance.

'Manchester Guardian' schreibt: Es ist merkwürdig...

Reichstagspräsident Loebe rechnet mit Reichstagsauflösung.

Breslau, 17. Nov. Auf dem Mittelschlesischen...

Ministerpräsident Braun über die politische Lage.

Der preussische Ministerpräsident Braun sprach...

Hughes über den Fernen Osten.

Washington, 17. Nov. In der heutigen...

Der Ministerpräsident kam dann auf die Regierungskoalition...

umstellen. (Zuruf der Kommunisten: Stimmes!)...

Der Redner schloß mit den Worten: Wir stehen heute...

Deutsches Reich.

Die preussische Vierpartei-Regierung.

Berlin, 17. Nov. Der preussische Landtag hat heute...

Eine bayerische Gefandtschaft in Stuttgart.

München, 17. Nov. Bayern plant die Errichtung...

Aus dem sächsischen Landtag.

(Drahtmeldung aus Dresden.) Dresden, 17. Nov. Heute kam im sächsischen...

Die endgültige amtliche Zählung hat festgestellt...

Landwirte und Politik.

Mainz, 17. Nov. In der Delegiertenversammlung...

Ein Nachruf Dr. Heims an die Landwirte.

München, 17. Nov. In Ingolstadt fand eine...

Neue Plünderungen in Berlin.

Berlin, 17. Nov. Die Plünderungen von Geschäften...

Verchiedene Drahtmeldungen.

Der Markkurs in Zürich.

Zürich, 17. Nov. Die heutige Schlussnotierung...

Brandkatastrophen bei Mainz und Wiesbaden.

Mainz, 17. Nov. In der Zellulosefabrik...

gaben 12 Todesopfer. An Verwandten wurden 7...

Ueberfall auf einen volksparteilichen Abgeordneten.

Frankfurt a. M., 17. Nov. Reichstagsabgeordneter...

Ein neuer Kommunistenprozeß.

Leipzig, 17. Nov. Am heutigen Donnerstag...

Ausverkauf in der sächsischen Lausitz.

Dresden, 17. Nov. Der Ausverkauf der sächsischen...

Bierpreiserhöhung in Bayern.

München, 16. Nov. Der bairische Brauerbund...

Der Münchener Karneval.

München, 16. Nov. Wie die Blätter melden, ist...

Von den eisen-lothringischen Bahnen.

Saarburg, 16. Nov. Der Gemeinderat hat sich...

Komplot gegen die Königin von Griechenland.

Belgrad, 17. Nov. In Keflavik ist ein Komplot...

Vom Wetter.

Betternachrichtendienst der Bad. Landeswetter...

Table with columns: Ort, Luftdr., Wind, Regen, etc. for various locations.

Beobachtungen badischer Wetterstationen 7. morgens

Table with columns: Station, Wind, Regen, etc. for Baden stations.

Allgemeine Witterungsübersicht.

Das ausgedehnte Hochdruckgebiet über Nord-

Wetterausichten bis Freitag, den 18. November.

Fortdauer des meist heiteren Frostwetters, trocken, östliche Winde.

Nebel-Wasserstände morgens 6 Uhr.

Table with columns: Station, Wasserstand.

Tagessanzeiger.

Freitag, den 18. November 1921. Landestheater: Verlebte Einlast. 7 Uhr.





